

Die FDP stellt Frankreich ein „verheerendes wirtschaftspolitisches Zeugnis aus“ und outet sich als Gegner des Freihandels

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 10.05.2013 (editiert am 25.05.2016)

Es ist nicht zu fassen. Das deutsche Wirtschaftsministerium, bekanntlich geführt von einem Mediziner, der immer wieder durch vollkommenes wirtschaftliches Unwissen auffällt, stellt, [so das Handelsblatt letzte Woche](#), Frankreich ein verheerendes wirtschaftspolitisches Zeugnis aus. Das ist in der Tat verheerend, aber anders als beim Ministerium gedacht.

Wir haben hier [schon vor einigen Tagen Frankreich und Deutschland verglichen](#) und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Frankreichs Wirtschaft keineswegs dem Zerrbild entspricht, das man in Deutschland von ihr zeichnet: „Der Lohn pro Stunde (ausbezahlter Lohn, also nominal) ist in Deutschland laut neuesten Angaben von Eurostat von 24 Euro im Jahre 1999 auf 30,4 Euro im Jahr 2012 gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich die nominale Produktivität, also so etwas wie der Umsatz pro Stunde, von knapp 35 Euro pro Stunde auf etwas mehr als 45 Euro erhöht. Die Differenz zwischen beiden, also das, was die Kapitalseite an nominaler „Entlohnung“ erhält, ist deutlich gestiegen. Auch Frankreich begann die Währungsunion mit einem Produktivitätsniveau von fast genau 35 Euro. Der nominale Lohn stieg von einem leicht tieferen Niveau als in Deutschland (23,6 Euro) im Jahre 1999 auf ein doch erheblich höheres Niveau im Jahre 2012 (34,2 Euro). Da die so gemessene Produktivität in Frankreich deutlich stärker als in Deutschland zugelegt hat (auf 51,3 Euro), hat Frankreich eigentlich kein fundamentales Problem, weder mit den Löhnen noch mit den Umsätzen. Die französischen Unternehmen haben, getragen vor allem von einer guten Binnenkonjunktur, auch deutlich mehr investiert als ihre Kollegen von der anderen Rheinseite.“

Das einzige Problem, das es für Frankreich gibt, ist die Tatsache, dass es mit einem Land eine Währungsunion eingegangen ist, dem es offenbar fernliegt, partnerschaftlich diese Union zu einem Erfolg zu führen, sondern quasi vom ersten Tag an die Währungsunion dazu benutzt hat, ohne die Sanktion der Aufwertung der eigenen Währung mit seinen Währungspartnern einen Wettkampf der Nationen zu veranstalten.

Die Angriffe der FDP kann man nur perfide und dumm nennen. Rainer Brüderle und Philipp Rösler

haben weder verstanden, was eine Währungsunion ist, noch können sie beurteilen, auf welche Art und Weise Nationen auf Dauer erfolgreich zusammenarbeiten können. Sie lassen sich von einer primitiven Freihandelsidee leiten, die jeder gesamtwirtschaftlichen Logik Hohn spricht, weil sie unterstellen, jede Art von Unterbietungswettbewerb sei gut und erfolgreich. Friederike Spiecker hat [in ihrer Serie über Lohnpolitik](#) klar gezeigt, dass die Art von Doping, die Deutschland verwendet hat, um erfolgreich exportieren zu können, den Wettbewerb massiv verzerrt und eben nicht zu guten Ergebnissen führt. Noch schlimmer ist, dass man nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die Art von Wettbewerb, die Deutschland anstrebt, gerade nichts mit dem Wettbewerb zu tun hat, den die klassischen Ökonomen meinten, als sie den Freihandel gegen den Merkantilismus verteidigten. Insofern versteht die FDP nicht einmal ihre eigenen liberalen Wurzeln und ihr Gerede über Wettbewerb und Freihandel ist nur hohl.

Freihandel war von Anfang an, also vor allem von David Ricardo und Adam Smith und ihren Zeitgenossen als ein System verstanden worden, das allen Beteiligten Vorteile verspricht, weil es jedem mit seinen ganz besonderen spezifischen Fähigkeiten die Chance gibt, durch Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit anderen seine Lage zu verbessern. Dass ein Teilnehmer durch seine überlegenen Möglichkeiten oder durch unfaire Mittel alle anderen an die Wand drängt, wollten sie gerade nicht, denn das charakterisiert ja das von ihnen kritisierte merkantilistische System. Freihandel war gerade nicht als Nullsummenspiel gedacht, bei dem der eine das gewinnt, was der andere verliert. Auch die modernen Vertreter des Freihandels wie etwa das Kieler Institut für Weltwirtschaft IfW haben in vielen Auseinandersetzungen immer darauf beharrt, Freihandel sei gerade kein Nullsummenspiel, und haben versucht, meine Position zu ausgeglichenen Außenhandelsalden dadurch zu desavouieren, dass sie behaupteten, eine saldenmechanische Überlegung sei Nullsummenspiel, ihr Freihandel jedoch nicht. Das ist zwar falsch, wie ich (wie schon so oft) [kürzlich](#) erst wieder dargelegt habe, aber die FDP fällt sogar noch hinter diese Diskussion zurück.

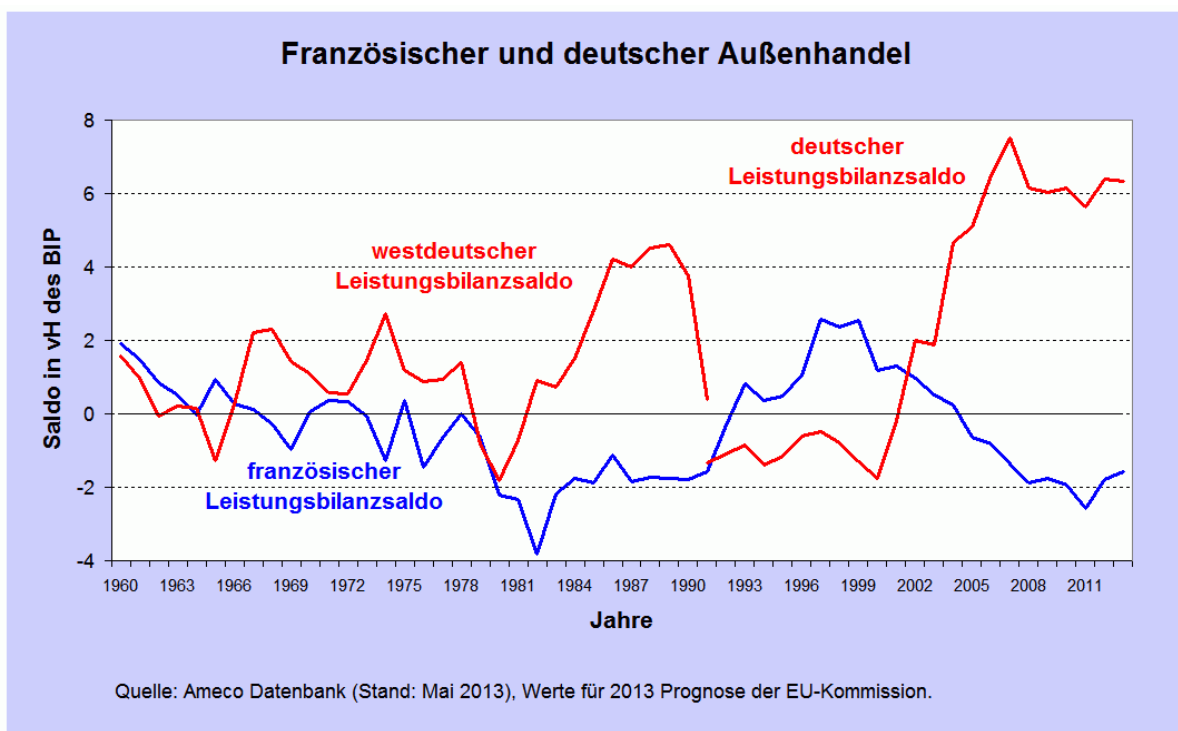
Sie nimmt bei Licht betrachtet die Position ein, dass Freihandel doch nur ein Nullsummenspiel ist und man eben schauen muss, auf der richtigen Seite zu stehen. Frankreich tue halt nicht das Richtige, so wie das erfolgreiche Deutschland es vorgemacht habe. Daran seien die Franzosen selbst Schuld. Sie könnten ja die hohe Regulierungsdichte ihres Arbeitsmarktes und das hochentwickelte System der sozialen Sicherung verändern, um auf Deutschlands Erfolgsseite zu wechseln. Wenn man sich die deutschen Erfolge aber genau ansieht, muss man feststellen, dass sie im Wesentlichen nur in Exportüberschüssen bestehen, dass insbesondere die deutsche Arbeitslosigkeit dadurch gesunken ist, dass sie exportiert wurde, und nicht dadurch, dass sie durch ein stabiles und nennenswertes Binnenwachstum echt beseitigt wurde.

Selbst wenn also Frankreich den deutschen Weg wie von der FDP empfohlen kopieren würde, bliebe die Frage, wer auf der anderen Seite, der Defizitseite nämlich, dann noch steht. Denn irgendjemanden muss es dort ja geben, der die Überschüsse aufzunehmen bereit ist. Und da wird es immer enger. Außenhandelsüberschüsse sind eben nicht auf Dauer hinnehmbar oder gar gut. Sie lassen die Vorteile, die der Freihandel potenziell für alle hat, verschwinden. Für die Defizitkandidaten sind die unmittelbaren und anhaltenden Verluste aus dem Handel, nämlich das Wegschmelzen ihrer Einkommensbasis, viel größer als die vergleichsweise mit der Lupe zu suchenden Produktivitäts- und Effizienzgewinne durch den Freihandel.

Dauernde Ungleichgewichte beruhen auf auseinanderlaufender Wettbewerbsfähigkeit. Wer dauernd Defizite macht, dessen Wettbewerbsfähigkeit ist offenbar dauernd zu niedrig im Vergleich zu demjenigen, der dauernd Überschüsse macht. Wer nun seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern versucht (das raten die Liberalen Frankreich ja), der muss es auf Kosten anderer tun, da führt kein Weg dran vorbei. Denn Wettbewerbsfähigkeit ist immer ein relatives Konzept, wie wir trotz der verrücktesten Widersprüche, die wir zu dieser Grundlogik immer wieder zu lesen bekommen, nicht nachlassen werden zu erklären. Wenn die FDP also wirklich überzeugt ist, Frankreich solle den deutschen Sozialabbau und das deutsche Lohndumping nachahmen, dann soll sie wenigstens dazu sagen, dass das Deutschlands Nettoexportposition gefährdet und dass Deutschlands Antwort darauf aus FDP-Sicht ein noch schärferes Lohndumping und ein noch stärkeres Aushöhlen der hiesigen Sozialsysteme sein muss.

Frankreich verzeichnet mehr und mehr Außenhandelsdefizite (vgl. Abbildung). Sein wichtigster Handelspartner ist ein permanentes Überschussland. Aus diesem Cocktail heraus müsste jede rational handelnde Regierung Frankreichs irgendwann den Freihandel in Frage stellen. Die Doktrin vom Freihandel wird derzeit noch von mehr als 90 Prozent aller Ökonomen und der Europäischen Union wie ein unverrückbarer Glaubenssatz behandelt, der nur Ausgangspunkt eines Nachdenkens über den Handel sein, selbst aber nie in Frage gestellt werden darf. Das wird sich über kurz oder lang ändern, wenn die Verzweiflung in den Defizitländern über die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen, es Deutschland recht zu machen und seinen Weg der permanent überlegenen Wettbewerbsfähigkeit zu kopieren, nur hoch genug steigt.

Abbildung



In den G 20 wird die Frage nach Sinn und Zweck des Freihandels schon eine Weile sehr hart und sehr ernsthaft diskutiert. Man kann sich auch vorstellen, dass der neue Generaldirektor der WTO diese

Diskussion nicht weiter unterdrücken kann, sondern dass die Defizitländer auch dort vorstellig werden, was sie laut Statut sowieso könnten, und Sonderregeln verlangen wegen anhaltender Ungleichgewichte im Handel.

Die Vordenker des Freihandels im 19. Jahrhundert wussten genau, warum sie immer nur von einem ausgeglichenen Handel ausgingen, wenn sie dessen Vorteile beschrieben. Ihre Jünger in den Politikkomitees der liberalen Parteien, die, ohne es zu ahnen, die schlimmsten Merkantilisten aller Zeiten sind, wissen davon nichts mehr. Dass sich mit einer solchen Haltung, die auch die deutsch-französische Freundschaft im Mark gefährdet, die FDP blamiert, ist nicht so schlimm. Dass aber von den meisten anderen Parteien kein logisch fundierter Widerspruch zu hören ist, ist eine wirkliche Katastrophe.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 10.05.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/05/abo-artikel-die-fdp-stellt-frankreich-ein-verheerendes-wirtschaftspolitisches-zeugnis-aus-und-outet-sich-als-gegner-des-freihandels/>